

Finnland

Tuomas Iso-Markku

Europapolitik stand im Zeitraum zwischen Juni 2019 und Juni 2020 häufiger im Mittelpunkt des politischen Geschehens in Finnland. Von Juli bis Dezember 2019 hatte Finnland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne. Die Ratspräsidentschaft stellte die erste große europapolitische Herausforderung für die nur kurz zuvor vereidigte Mitte-Links-Regierung des Landes dar. Wie in den übrigen Mitgliedstaaten dominierte die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie und ihrer Auswirkungen die politische Agenda in der ersten Jahreshälfte 2020. Während viele Finnen am Anfang der Pandemie noch die Rolle der EU im Krisenmanagement bemängelten, lösten die diversen Vorschläge zu Europas wirtschaftlichem Wiederaufbau heftige politische Debatten aus, die den europapolitischen Kurs der finnischen Regierung auf eine harte Probe stellten.

Eine Ratspräsidentschaft des Übergangs, schwer messbare Ergebnisse

Schon im Voraus war klar, dass die finnische Ratspräsidentschaft in eine Zeit des Übergangs fallen würde. In Finnland fand im April 2019 eine nationale Parlamentswahl statt und eine neue Regierung unter der Führung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Antti Rinne wurde erst Anfang Juni 2019 – nur knapp einen Monat vor Beginn der Ratspräsidentschaft – ins Amt gewählt. Noch entscheidender war die institutionelle Übergangsphase auf europäischer Ebene: Als Finnland den Vorsitz des Rates am 1. Juli 2019 übernahm, rang der Europäische Rat noch um die Besetzung der europäischen Spitzenposten und die neue Europäische Kommission nahm ihre Arbeit erst im Dezember 2019 auf. Von vornherein hatten die finnischen Beamten deshalb betont, dass Finnland vor und während der Ratspräsidentschaft eher die EU-Agenda als europäische Gesetzgebung würde mitgestalten können.¹ Finnlands vier Prioritäten waren Werte und Rechtsstaatlichkeit, Klimaschutz, Europas Wettbewerbsfähigkeit und soziale Sicherheit sowie die Rolle der EU als außen- und sicherheitspolitischer Akteur.²

Ein besonders wichtiges Anliegen für Finnland war die Errichtung eines Mechanismus, der die Zahlung von EU-Mitteln an die Einhaltung von rechtsstaatlichen Prinzipien knüpfen würde. Da der finnische Ratsvorsitz aber die äußerst komplexen Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2021–2027 kaum voranbringen konnte, wurde dieses Vorhaben nicht realisiert. Finnlands Agenda in Sachen Werte und Rechtsstaatlichkeit war jedoch breiter angelegt. So setzte sich Finnland auch dafür ein, den Rechtsstaatsdialog im Rat weiterzuentwickeln, unterstützte die Idee eines Peer-Review-Mechanismus und trieb das Artikel-7-Verfahren gegen Ungarn und Polen voran.³ Ein Zeichen dafür, dass Finnlands Bemühungen nicht unbemerkt blieben – und ein trauri-

1 Regierung Finnlands: Valtioneuvoston EU-vaikuttamisstrategia 2018, S. 5.

2 Regierung Finnlands: Sustainable Europe – Sustainable Future: Finland's Presidency Programme, 2019, abrufbar unter: <https://eu2019.fi/documents/11707387/14346258/EU2019FI-EU-puheenjohtajakauden-ohjelma-en.pdf/3556b7f1-16df-148c-6f59-2b2816611b36/EU2019FI-EU-puheenjohtajakauden-ohjelma-en.pdf> (letzter Zugriff: 10.8.2020).

3 Regierung Finnlands: Finland's Presidency Program 2019.

ges Beispiel über die wachsenden Spaltungen innerhalb der EU – war eine von ungarischen Regierungsvertretern und Medien durchgeführte Verleumdungskampagne, die darauf abzielte, die Glaubwürdigkeit des finnischen Ratsvorsitzes zu untergraben, indem sie irreführende oder falsche Informationen über Finnland verbreitete.⁴

Im Bereich Klimaschutz versprach Finnland, eine Debatte über die langfristige Klimaschutzstrategie der EU in Hinblick auf den Europäischen Rat im Dezember 2019 zu ermöglichen. Die Regierung warb um Unterstützung für das Ziel der Klimaneutralität bis 2050, über das die Mitgliedstaaten aufgrund des Widerstands von Polen, Ungarn, Tschechien und Estland im Juni 2019 keine Einigung erzielen konnten. Am Ende einigte sich der Europäische Rat unter der Führung seines neuen Präsidenten Charles Michel im Dezember 2019 prinzipiell auf das Ziel der Klimaneutralität bis 2050, Polen verpflichtete sich aber nicht zu dessen Umsetzung. Sowohl Ratspräsident Michel als auch die finnische Regierung bewerteten den mühsam ausgehandelten Kompromiss dennoch als Erfolg, andere waren kritischer.⁵ Das Thema Klimaschutz wurde auch in der Organisation der finnischen Ratspräsidentschaft hervorgehoben, was durchaus als Modell für künftige Ratsvorsitze dienen könnte. So verzichtete der finnische Ratsvorsitz darauf, Gastgeschenke zu verteilen und benutzte die Mittel stattdessen, um die Emissionen der in Verbindung mit der Ratspräsidentschaft getätigten Flüge zu kompensieren.⁶

Finnlands andere Prioritäten erhielten weniger öffentliche Aufmerksamkeit. Unter der Rubrik Wettbewerbsfähigkeit und soziale Sicherheit führte Finnland unter anderem das Konzept der „Ökonomie des Wohlergehens“ in die EU-Politik ein⁷ und organisierte das erste gemeinsame Treffen der EU-Finanz- und Bildungsminister. Als offene Volkswirtschaft unterstrich Finnland zudem die Bedeutung des Binnenmarktes und des multilateralen Handelssystems, um das Finnland sich zunehmend sorgt – konkrete Initiativen blieben hier aber aus. In der Außen- und Sicherheitspolitik wollte der finnische Ratsvorsitz unter anderem die europäischen Verteidigungsinitiativen konsolidieren und die Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber hybriden Bedrohungen erhöhen.

Zu den nationalen Prioritäten kamen noch Themen hinzu, die Finnland von den früheren Ratspräsidentschaften übernehmen musste. In der Asyl- und Migrationspolitik konnten auch unter dem finnischen Vorsitz keine großen Fortschritte erzielt werden. In Bezug auf die Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich standen für Finnland die Einigkeit und Interessen der EU klar im Vordergrund. In puncto Austrittsverhandlungen machte der finnische Vorsitz jedoch keinen besonders guten Eindruck. Zweimal sorgte Ministerpräsident Rinne mit seinen spontanen Aussagen zu diesem Thema europaweit für Schlagzeilen, offensichtlich ohne sein Vorgehen mit dem EU-Chefunterhändler Michel Barnier koordiniert zu haben.⁸ Anfang Dezember 2019 präsentierte Finnland seinen Vorschlag zum MFR, der für den Haushalt ein Volumen von 1,07 Prozent des Bruttonationaleinkommens der Mitgliedstaaten vorsah.⁹ Der Vorschlag erntete Kritik von nahezu allen Seiten: Dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und vielen

4 Agata Palickova: Hungary and Finland wage media war of words, in: Euractiv, 12.8.2019.

5 Jenni Virtanen/Jarno Hartikainen: Suomen EU-puheenjohtajakauden päätavoite lässähti: huippukokous sai aikaan vain laihan ilmastosoiton, in: Helsingin Sanomat, 12.12.2019.

6 Regierung Finnlands: Finnischer Ratsvorsitz kompensiert Flugemissionen, 27.6.2019, abrufbar unter: <https://eu2019.fi/de/-/suomi-kompensoi-eu-puheenjohtajakauden-lentopaast-1> (letzter Zugriff: 10.8.2020).

7 Rat der Europäischen Union/Ausschuss der Ständigen Vertreter: Die Ökonomie des Wohlergehens – Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates, 17. Juli 2019, 13171/19.

8 Kreetta Karvala: Rinteen brexit-näkemyksistä herätti kansainvälistä hämmennystä, in: Iltalehti, 15.10.2019.

9 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Haushaltspolitik“ in diesem Jahrbuch.

Nettoempfängern war der Haushalt zu klein, vielen Nettozahlern zu groß. Einige waren zudem enttäuscht, dass die vielen neuen Budget-Prioritäten wie Klima und Sicherheit nicht ausreichend berücksichtigt wurden.¹⁰ Die finnischen Regierungsvertreter reagierten eher gelassen auf die Kritik. Bereits Ende Oktober 2019 hatte Europaministerin Tytti Tuppurainen gesagt, dass man als Ratsvorsitz nach einem Kompromiss suchen müsse und die Unzufriedenheit aller Beteiligten zeige, dass man etwas richtig gemacht habe.¹¹

Kurz mischte sich auch Innenpolitik in die Ausführung der finnischen Präsidentschaft, als Ministerpräsident Rinne am 3. Dezember 2019 seinen Rücktritt verkündete. Rinne stolperte über seine Rolle in einem Arbeitsstreit bei der staatlichen Post, die seinen wichtigsten Koalitionspartner, die Zentrumsparterie, dazu veranlasste, seinen Rückzug zu fordern. Das aus fünf Parteien bestehende Regierungsbündnis blieb jedoch zusammen und bildete eine neue Regierung, zu deren Spitze die Sozialdemokraten Sanna Marin wählten – mit ihren 34 Jahren die jüngste Person, die dieses Amt jemals innehatte. Schon an ihrem dritten Arbeitstag nahm Marin an einem Treffen des Europäischen Rates teil. Sowohl Marin als auch ihre Regierung, deren Führungsriege bis zum Rücktritt von Finanzministerin Katri Kulmuni im Juni 2020 aus fünf Frauen bestand, erhielten große internationale Aufmerksamkeit.

Die Covid-19-Pandemie: der Primat des nationalen Krisenmanagements, europapolitische Kontroversen

Wie überall in Europa wurde die politische Agenda in Finnland in der ersten Jahreshälfte 2020 von der Covid-19-Pandemie und ihren Auswirkungen dominiert. Den ersten Infizierten registrierte Finnland am 29. Januar 2020, aber als eine ernste Bedrohung für die Bevölkerung wurde das Virus erst im März 2020 eingestuft. Am 16. März 2020 verhängte die Regierung den Ausnahmezustand und ergriff danach eine Reihe von Maßnahmen, die das öffentliche Leben in Finnland und die Einreise ins Land deutlich einschränkten.

Am Anfang machte Finnland den Eindruck, sehr gut vorbereitet zu sein. Finnisches Sicherheitsdenken betont Krisenbereitschaft und Versorgungssicherheit, weshalb Finnland stets Vorräte an Öl, Getreide, Medikamenten und Schutzausrüstung hält, was im Kontext der Pandemie auch internationales Interesse erweckte.¹² Zu Beginn der Covid-19-Pandemie erwiesen sich die Reserven jedoch als teilweise unbrauchbar und unzureichend. Nachdem sich das finnische Zentrum für Versorgungssicherheit in einen windigen Deal verstrickt hatte, um neue Schutzausrüstung zu kaufen, wurden Fragen laut, warum Finnland der europäischen Vereinbarung über das gemeinsame Beschaffungsverfahren erst Ende März 2020 beigetreten war.¹³

Die Rolle der EU in der Bekämpfung der Pandemie und ihrer Auswirkungen wurde in den finnischen Medien meist negativ bewertet. Darüber hinaus wurde die Krise als eine große Bedrohung für die Zukunft der EU angesehen.¹⁴ Dies spiegelte sich auch in etwas

10 Lili Bayer: EU budget fight heats up, in: *Politico*, 2.12.2019.

11 Kreetta Karvala: Miksi kaikki EU-maat vihaavat Suomen budjettisuunnitelmaa? Tuppurainen ja Rinne vastaavat, in: *Iltalehti*, 17.10.2019.

12 Christina Anderson/Henrik Pryser Libell: Finland, 'Prepper Nation of the Nordics' Isn't Worried About Masks, in: *New York Times*, 5.4.2020.

13 Juha Vainio: STM viivytteli Suomen ulos EU:n jättimäisistä suojarustehankinnoista – Suomi katsoo ainoana EU-maana vierestä muiden keskitettyjä kauppoja, in: *Ilta-Sanomat*, 18.4.2020.

14 Siehe zum Beispiel Marikki Nykänen: Von der Leyen pyysi anteeksi Iitalia – koronakriisi näyttää, että EU:n solidaarisuus on pelkkää sanahelinää, in: *Iltalehti*, 5.4.2020.

niedrigeren Zustimmungswerten für die EU wider.¹⁵ Gleichzeitig wurde Finnlands eigener Beitrag zu einem besser koordinierten, effektiveren und solidarischeren europäischen Krisenmanagement kaum kritisch hinterfragt.

Die europapolitischen Debatten nahmen weiter an Fahrt auf, als sich der Fokus auf die Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Krise richtete. In Finnland sind Fragen der europäischen Fiskal- und Wirtschaftspolitik spätestens seit dem Beginn der Eurokrise in höchstem Maße politisiert. Der Vorstoß von neun Mitgliedstaaten, sogenannte „Corona-Bonds“ einzuführen, stieß in Finnland wie erwartet größtenteils auf Ablehnung – anders als im Falle von Eurobonds waren nun aber auch andere Meinungen zu hören.¹⁶

Auch innerhalb der Regierungskoalition soll es zu teils hitzigen Debatten gekommen sein.¹⁷ Obwohl die Regierung als pro-europäisch bezeichnet werden kann, unterscheiden sich die Positionen der Koalitionspartner in einigen Fragen deutlich. Während die Grünen sowie Teile des Linksbündnisses und der Sozialdemokratischen Partei auf europäische Solidarität pochen, verteidigt vor allem die Zentrums Partei einen Kurs, der auf Eigenverantwortung, Strukturreformen und Sparmaßnahmen setzt. Unter ihrer Führung hatte sich Finnland seit 2018 in der sogenannten Neuen Hanseatischen Liga, einer Gruppe von acht fiskalkonservativen Mitgliedstaaten, positioniert. Ministerpräsidentin Marin dagegen betonte, Finnland solle an keine Gruppe gebunden sein.¹⁸ Aus der Opposition machten sowohl die europaskeptischen Basisfinnen als auch die integrationsfreundliche, aber fiskalkonservative Nationale Sammlungspartei Druck auf die Regierung.

Die deutsch-französische Initiative zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und der Vorschlag der Europäischen Kommission zu einem 750 Mrd. Euro schweren Wiederaufbaufonds gossen noch mehr Öl ins Feuer. Die finnischen Regierungsparteien zeigten sich bemüht, das richtige Gleichgewicht zwischen fiskalischer Vorsicht, ökonomischer Notwendigkeit und konstruktiver Kompromissfähigkeit herzustellen. So plädierte Finnland für einen kleineren Fonds, der hauptsächlich aus Krediten bestehen würde und an strenge Bedingungen verknüpft wäre – und gehörte damit zu den kritischeren Mitgliedsstaaten. Insgesamt dürften die Entscheidungen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Finnlands Europapolitik nachhaltig prägen. Auch innenpolitische Auswirkungen sind nicht auszuschließen, obwohl das vergleichsweise erfolgreiche Management der Pandemie die Regierung – und vor allem die Sozialdemokraten um Ministerpräsidentin Marin – vorerst stärkte.

Weiterführende Literatur

Kaisa Vatanen: Regelreu oder solidarisch?, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 29.5.2020, abrufbar unter: <https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/regelreu-oder-solidarisch-4396/> (letzter Zugriff: 9.10.2020).

Johannes Leithäuser: Interview mit Finnlands Ministerpräsidentin „Merkel ist eine europäische Ikone“, 19.2.2020, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung online.

15 Ilkka Haavisto: Suomalaisten EU-asenteissa käänne – enemmistön asenteet silti myönteisiä, EVA, Arvo- ja asennetutkimukset, 9.5.2020, abrufbar unter: <https://www.eva.fi/blog/2020/05/09/suomalaisten-eu-asenteissa-kaanne-enemmiston-asenteet-silti-edelleen-myonteisia/> (letzter Zugriff: 2.7.2020).

16 Alec Neihum: Mitä ovat koronabondit? Mitä Suomi niistä ajattelee? – Euroopan talous on ahdingossa, johon etsitään kuumeisesti ratkaisua, in: MTV Uutiset, 6.5.2020.

17 Timo Haapala: IS:n tiedot: Hallituksessa kova riita EU:n koronatukipaketista ja Suomen vastuista – Tuppurainen ja Ohisalo jyrättiin, in: Ilta-Sanomat, 9.4.2020.

18 Katja Inoronato: Sanna Marin kuitasi Italian pääministerille haastattelutunnilla: „Tarkoituksena ei ole yksittäisten jäsenmaiden pelastaminen“, in: Uusi Suomi, 14.6.2020.